Norddeutsche Allgemeine Zeitung.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" erscheint wochentäglich Abends und am Sonntag Morgen. Der Abonnementspreis ist für das Deutsche Reich vierteljährlich Mark 4,—, für das Ausland mit dem entsprechenden Postaufschlag. Abonnements werden bei allen Postanstalten angenommen. Für Berlin abonniert man bei den Zeitungsspediteuren und bei der Expedition der Zeitung.

Berlin SW. 48
Wilhelm-Straße Nr. 32.
Fernsprecher:
Redaktion: Amt VI, 3394. • Expedition: Amt VI, 3248.

Inserate nehmen die Expedition der Zeitung und alle Inseratenbureaus zum Preise von 40 Pf. für die sechsgespaltene Petitzeile und von Mark 1,25 für die viergespaltene Petitreklamezeile entgegen. Zusendungen für den Inseratenteil sind an die Expedition, für den redaktionellen Teil an die Redaktion zu adressieren. Unbenutzte Einsendungen werden nicht aufbewahrt.

Nr. 53. [46. Jahrgang.] Sonntag den 3. März 1907. Erste (Abend-)Ausgabe. [46. Jahrgang.] Nr. 53.

Berlin, den 2. März.

Politischer Tagesbericht.

Das **Königliche Staatsministerium** trat heute zu einer Sitzung zusammen.

Rückblicke.

Das innerpolitische Interesse in der abgelaufenen Woche hat sich naturgemäß konzentriert auf die Etatsberatungen im neuen Reichstag, die eine Art von Ankündigung bilden für den taktischen Aufmarsch der Parteien in der kommenden Legislaturperiode. Wir haben, um von dem gewaltigen Stoff nicht erdrückt zu werden und fortlaufend den einzelnen Phasen der parlamentarischen Entwicklung folgen zu können, in Stimmungsbildern, die jedesmal der Parlamentsbeilage vorangestellt waren, ein Resümee der einzelnen Sitzungen gegeben, so daß uns jetzt nur noch übrig bleibt, über den bisherigen, freilich noch nicht abgeschlossenen Verlauf der ersten Generaldebatte einen kurzen Gesamtüberblick zu geben. Hier zeigt sich denn in erster Linie, daß sich im neuen Reichstag schon äußerlich durch Verschiebung der Sitzweise, dann auch innerlich durch Herabdrückung der Bedeutung der Sozialdemokratie sehr viel geändert hat. Wenn diese zusammengeschmolzene Gruppe auch an ihren schlechten Manieren nichts gebessert hat, so vermag sie doch durch die Kundgebungen ihres Beifalls oder Mißfallens bei weitem nicht mehr den Eindruck zu machen wie im früheren Reichstag, und Szenen, wie sie sich bei den Obstruktionsdebatten über den Zolltarif abspielten, sind jetzt rein undenkbar geworden. Dann hat sich während dieser Etatsdebatten, die ja, wie begreiflich, im wesentlichen in Rückblicken auf die Wahlkämpfe, in Ausblicken auf die allgemeine Politik der Zukunft bestanden, für die Gruppierung der Parteien insofern ein anderes Bild ergeben, als nun auch das Zentrum mit der Sozialdemokratie vorzugsweise in Opposition stand, wogegen die freisinnige Linke mit der Rechten gegen Zentrum und Sozialdemokratie fest zur Regierung stand. Der Reichskanzler rechnete in zwei großen Reden am Montag und Dienstag erst mit Herrn Dr. Spahn und dem Zentrum, dann mit Herrn Bebel und der Sozialdemokratie ab. Inzwischen hat ein neuer Zentrumsredner, Gröber, die Bildfläche betreten, mit dem der Kolonialdirektor und der Staatssekretär des Innern teilweise schon sich auseinandergesetzt haben. Wie in Zukunft die Stellung der Parteien zu einander sich gestalten wird, darüber läßt sich natürlich aus all den Reden aus dem Hause ein sicheres Bild noch immer nicht gewinnen, das hängt wesentlich ab von Momenten, die in der Gegenwart noch nicht völlig exakt abzuwägen sind. Indessen hat die Gruppierung Konservative-Liberale als Mehrheit einerseits, Zentrum-Sozialdemokratie als Minderheitsparteien im großen und ganzen ihre Probe während der Etatsberatungen bestanden. Einzelne auffallende Aeußerungen, wie die des Abg. Gamp, die die im Wahlkampf hervorgetretenen Gegensätze verwischen zu wollen schienen, sind im Laufe der Debatte abgeschwächt oder desavouiert worden, und insbesondere die Verhandlungen im preußischen Abgeordnetenhause, wo es am Donnerstag zu einem scharfen Zusammenstoß zwischen dem Freiherrn v. Zedlitz und dem Zentrum kam, ebenso aber auch die Ausführungen des Fürsten v. Hatzfeldt beweisen, daß den Bemerkungen des Abgeordneten Gamp, die angesichts der besonders scharf zentrumsfeindlichen Haltung der Reichspartei und ihrer Presse im Wahlkampf Erstaunen erregen mußten, eine symptomatische Bedeutung nicht zukam. Uebrigens muß doch nochmals hervorgehoben werden, daß, wenn auch der Abg. Gamp das Zentrum etwas glimpflich behandelte, er auf der anderen Seite doch auch den Liberalen durch Anerkennung einer Reihe ihrer Forderungen weit entgegenkam und sich so denjenigen seiner Fraktionsgenossen wieder annäherte, die in der Milderung der Gegensätze zwischen Konservativen und Liberalen und in der Anbahnung eines gegenseitigen besseren Verständnisses eine Hauptaufgabe der künftigen Politik erblicken.

Die Etatsberatungen im Abgeordnetenhause nahmen auch in dieser Wochen rüstigen Verlauf. In der ersten Hälfte kam der Bergbauetat zur eingehenden Beratung, dem am Montag die erste Lesung des neuen Berggesetzentwurfs vorausgegangen war, wonach namentlich die Aufsuchung und Gewinnung von Steinkohlen, Steinsalz und Kali künftig allein dem Staate zustehen soll. Der Entwurf, als dessen entschiedene Anhänger und Befürworter sich die Konservativen zeigten, während die Nationalliberalen Schwierigkeiten zu machen drohen, wurde an eine Kommission verwiesen. Bei der Beratung des Bergetats kamen vor allem die Gehalts- und Lohnverhältnisse der Beamten und Arbeiter zur Sprache, wobei Minister Delbrück den an ihn gestellten Forderungen gegenüber unter lebhaftem Beifall hervorhob, daß bei einer Gehaltserhöhung selbstverständlich zuerst die mittleren und unteren Beamten, dann erst die höheren Beamten an die Reihe kommen würden. Auch die Mittelstandspolitik spielte anläßlich eines von den Nationalliberalen zum Etat der Handels- und Gewerbeverwaltung gestellten Antrags auf Erhöhung bezw. Verbürgung der Staatsbeihülfen für die Handels- und Handwerkskammern in die Debatte hinein, wobei der Handelsminister den von den Abgg. Malkewitz und Trimborn geäußerten Wünschen zur Gesundung des Handwerkerstandes möglichstes Entgegenkommen versprach. Diese Erörterungen über die einen immer breiteren Raum in den Parlamenten einnehmende Mittelstandspolitik traten auch im weiteren Verlauf der Beratung des Handelsetats hervor, hierzu kamen sozialpolitische Fragen, wie das Koalitionsrecht, die zu scharfen Auseinandersetzungen zwischen dem Zentrumsabgeordneten Trimborn und dem Freiherrn v. Zedlitz führten, sowie finanzpolitische Fragen, wie die in Aussicht stehende Börsengesetzreform. Die weitere Beratung am Freitag verlor sich in Einzelheiten, die kein allgemein politisches Interesse haben. Am heutigen Sonnabend hofft das Haus den Handels- und Gewerbeetat beendigen zu können.

Rundschau im Auslande.

Der Eclair meldet über das französisch-spanische Abkommen, betreffend die **marokkanische Polizei**, daß in demselben die Autonomie Frankreichs und Spaniens an den Grenzen und an der Küste festgestellt wird. In jedem der acht Häfen werden drei verschiedene Polizeigruppen bestehen, im Hafen, in der Stadt und der Umgebung der Stadt. Der Oberbefehl über die beiden ersten werde einem und demselben Offizier, derjenige über die dritte einem anderen Offizier anvertraut werden. Für eine gemeinsame Unternehmung der Gruppen wird das Kommando dem im Range höheren oder älteren Offizier anvertraut werden. Im Bedarfsfalle wird eine mit Schiffen ausgerüstete Seepolizei errichtet werden. Sollten die Ereignisse eine gemeinsame französisch-spanische Intervention in irgend einem Hafen erfordern, so würde dieselbe entsprechend den Beschlüssen der im Dezember in Tanger stattgehabten Konferenz durchgeführt werden.

Die Zustimmung des Sultans zur Ernennung des schweizerischen Obersten Müller zum Inspekteur der Polizei ist heute in Tanger eingetroffen.

Nach einem Telegramm aus Tanger dementiert das Blatt Dépêche Marocaine in Besprechung der Nachricht über das französische Konsortium für drahtlose Telegraphie Details, stellt jedoch die Sache selbst nicht in Abrede. Von amtlicher französischer Seite wird Stillschweigen beobachtet.

Die neue Londoner Wochenschrift The Nation enthält einen Artikel Campbell-Bannermans, in dem der Premierminister die Einwendungen widerlegt, die gegen die Behandlung der Frage der **Begrenzung der Kriegsrüstungen** auf der **Haager Konferenz** erhoben worden sind. Campbell-Bannerman führt in dem Artikel aus:

Die erste Haager Friedenskonferenz sei gerade bezüglich dieser Frage zu einer Uebereinstimmung gelangt, wie sie bei einer so heiklen und schwierigen Materie bei dem ersten Versuch nicht zu erwarten gewesen sei. Seitdem sei eine wesentliche Aenderung in den Umständen nicht eingetreten, die etwa das im Jahre 1898 allgemein gebilligte Verfahren als unnötig, unzweckmäßig oder gar nachteilig erscheinen lasse. Heute, wo die Lasten für Heeresrüstungen ins Ungeheure angewachsen seien, sei eine Erleichterung dieser Lasten nicht weniger wünschenswert. Ihm seien keine Umstände bekannt, die eine Erörterung der Frage gefährlich machen würden. Seit 1898 seien die Punkte, über welche Meinungsverschiedenheiten zwischen Mächten bestehen, nicht akuter, sondern weniger akut geworden. Das Friedensgefühl sei unvergleichlich stärker geworden, und der Schiedsspruchgedanke, sowie die friedliche Regelung internationaler Streitigkeiten hätten eine praktische Kraft erlangt, die man sich im Jahre 1898 nicht habe träumen lassen. Nur die Erörterung einer Hypothese könne als unzulässig betrachtet werden, nämlich der, daß die Friedensverpflichtungen, wie immer sie auch sein mögen, als solche zu behandeln seien, die keinen praktischen Einfluß auf den Umfang und die Intensität kriegerischer Vorbereitungen haben. Das würde eine zu nichts führende Schlußfolgerung sein, geeignet, die moralische Stellung der Konferenz zu untergraben. Bezüglich der Stellungnahme Großbritanniens sagt der Premierminister: Wir haben bereits mit Ernst und Aufrichtigkeit unsere Meinung kundgegeben durch die beträchtlichen Abstriche an den Marine- und Heeresausgaben und durch die feierliche Verpflichtung, noch weiter zu gehen, falls wir anderen Orts ähnliche Neigungen wahrnehmen. Es ist gesagt worden, unser Beispiel zähle für nichts, weil das Uebergewicht unserer Stellung zur See unerreicht bleiben werde. Ich glaube das nicht. Ich bin vielmehr überzeugt, daß Englands Seemacht in der ganzen Welt als eine nicht aggressive anerkannt wird. Es ist daher ein Irrtum, zu glauben, daß die Seemächte geneigt sein könnten, England als ein Hindernis für einen Vorschlag bezüglich eines Einhalts in den Rüstungen anzusehen. Die Wahrheit scheint in der entgegengesetzten Richtung zu liegen. Unser Festhalten an den beiden Prinzipien der Unabhängigkeit der Nationalitäten und der Freiheit des Handels berechtigt uns zu erklären, daß, wenn unsere Flotten unverwundbar sind, sie keine Drohung über die Meere tragen, sondern die Botschaft herzlichsten guten Willens, der sich gründet auf den Glauben an die Interessengemeinschaft zwischen den Nationen.

Entgegen der Meldung des Wali von Uesküb verlautet, daß die **Lage in Novibazar unbefriedigend** ist. Der Basar ist seit Wochen geschlossen, der Geschäftsverkehr stockt, der Zuzug von Albanesen aus dem Bezirk Novibazar und dem Gebiet Peschtschera dauert fort. Bewaffnete Unzufriedene durchziehen die Straßen, die Garnison ist machtlos. Die Unzufriedenen von Bielopolje, Szenica und Novavarisch sind eingeladen worden, zu einer Beratung nach Novibazar zu kommen und an Kundgebungen gegen mißliebige Beamte und gegen die Steuern teilzunehmen. Trotzdem liegt zu einer Beunruhigung kein Anlaß vor.

Laut amtlichen Nachrichten, die im amerikanischen Staatsdepartement eingegangen sind, dürfte die Republik **Salvador** den Staat **Honduras** in dem Kampfe mit **Nicaragua** unterstützen.

Die Frankfurter Zeitung meldet, daß das Unterhaus der **kalifornischen gesetzgebenden Körperschaft** einen Gesetzentwurf angenommen habe, nach dem Ausländer, die nicht Bürger der Vereinigten Staaten werden, keinen Grundbesitz erwerben dürfen. Die Spitze des Gesetzes richte sich gegen die Japaner und Chinesen.

Der Petersburger Telegraphen-Agentur wird aus Zizikar gemeldet: Auf Kaiserlichen Befehl haben heute die **russischen Truppen Zizikar**, das seit 1900 besetzt war, geräumt. Der Abschied der Garnison von der chinesischen Bevölkerung, den Behörden und den chinesischen Truppen trug einen friedlichen, herzlichen Charakter. Der Dsiandsjun veranstaltete ein Galadiner, trank hierbei auf die Gesundheit des Kaisers von Rußland und drückte freundschaftliche Wünsche aus, wonach die Russen die Nationalhymne sangen. — Am 26. Februar hat eine gemeinschaftliche Parade der russischen und chinesischen Truppen unter den üblichen chinesischen Zeremonien stattgefunden. Während des Abschiedsdiners sprach der Kommandeur der russischen Garnison, Oberst Linda, die Ueberzeugung aus, die Chinesen würden ebenso genau den Verpflichtungen des Vertrages nachkommen, wie Rußland seinem Versprechen nachgekommen sei und die Provinz der chinesischen Regierung zurückgegeben habe. — In diesen Tagen wird der russische Kriegskommissar Zizikar verlassen und sich nach Charbin begeben; der japanische Konsul wird demnächst hier ankommen.

Bis gestern abend 8 Uhr sind im ganzen 491 Abgeordnete zur **russischen Reichsduma** gewählt. Die seit gestern neugewählten 6 Abgeordneten gehören sämtlich der Linken an.

In Petersburg sind 6 Abgeordnete für die Duma gewählt worden. Unter ihnen befinden sich 5 Kadetten, der frühere Minister für Ackerbau Kuttler, Struve, Hessen, der Priester Petrow und Fedorow. Ferner wurde noch ein Mitglied der Arbeitspartei, ein Arbeiter, gewählt.

Auf der Station Igren (Jekaterinoslaw) wurde gestern der von Sinelnikowo kommende Bahnzug beraubt. In der letzteren Station hatten 8 Personen den Zug bestiegen, die in Igren von 4 anderen erwartet wurden. Als der dortige Stationsvorsteher mit zwei Angestellten aus dem Bahngebäude kam, wurden Schüsse abgegeben, durch die der Stationsvorsteher und ein Angestellter getötet und der andere tödlich verwundet wurden. Gleichzeitig fielen auch im Zuge Schüsse, durch die drei Beamte verwundet wurden. Die Täter durchschnitten dann die Telegraphendrähte und fuhren auf der Lokomotive davon. Nach amtlicher Angabe sind 50 000 Rbl. geraubt.

Das neugebildete **Ministerium von Transvaal** setzt sich nunmehr folgendermaßen zusammen: Premierminister ist General Louis Botha, Kolonialsekretär und interimistisch Attorney-General wird Smuts, Schatzsekretär Hull; de Villiers übernimmt das Bergwerksministerium, Rissik das des Ackerbaus und der öffentlichen Arbeiten. Die Minister werden am Montag vereidigt. Das Parlament tritt sodann sofort zusammen, nimmt die Wahl des Sprechers vor und vertagt sich sodann bis Mai oder Juni.

Das **persische Parlament** stimmte gestern dem Abkommen zu, nach welchem die Nationalbank der Regierung zwei Millionen Tomans, wovon zwei Fünftel in diesem Monat gezahlt werden sollen, leiht, um die Ausgaben für den Heeressold, die auswärtigen Gesandtschaften, den Kaiserlichen Hof und die Rückzahlung der von Privatbanken geleisteten Vorschüsse zu bestreiten. Die Nationalbank wird alle Regierungseinkünfte gegen eine Provision von ein Prozent einziehen. In laufender Rechnung wird die Nationalbank neun Prozent für Debit- und $4\frac{1}{2}$ pCt. für Kreditrechnungen belasten. 200 000 Tomans aus den Zolleinnahmen am Persischen Golf sollen jährlich an die Nationalbank gezahlt werden als Sicherheit für die Tilgung der Anleihe nebst Zinsen. Die Konzession der Nationalbank tritt jetzt in Kraft, soll aber zurückgezogen werden, wenn die ganze Summe nicht gezahlt wird.

Hof- und Personalnachrichten.

* Se. Majestät der Kaiser begab Sich gestern abend im Automobil nach Potsdam, um dort an dem Fest der Alten Herren des Leib-Garde-Husarenregiments teilzunehmen. Am Nachmittag unternahmen Beide Majestäten einen Spaziergang im Grunewald, heute morgen im Tiergarten.

Se. Majestät der Kaiser besuchte heute den Reichskanzler, empfing im Kgl. Schlosse den Geh. Regierungsrat Prof. Busley und hörte die Vorträge des Staatssekretärs des Reichsmarineamts und des Chefs des Marinekabinetts.

* Se. Majestät der Kaiser empfing heute vormittag $12\frac{1}{2}$ Uhr den Nordpolfahrer Amundsen in Gegenwart des Chefs des Zivilkabinetts Wirkl. Geh. Rats Dr. v. Lucanus und des norwegischen Gesandten v. Ditten. Se. Majestät verlieh Herrn Amundsen den Kronenorden 1. Klasse.

* Se. Majestät König Friedrich August von Sachsen hat gestern nachmittag 2 Uhr 19 Min. vom Neustädter Bahnhof in Dresden die Reise nach Lissabon angetreten. Die jungen Prinzen und Prinzessinnen begleiteten den König bis Elsterwerda. — Abends 9 Uhr traf der König in Hamburg ein und begab sich an Bord des Dampfers Kap Ortegal, der heute morgen nach Lissabon in See ging. In der Begleitung des Königs befinden sich Generalleutnant v. [illegible], Legationsrat v. Nostitz-Wallwitz und Flügeladjutant Oberst v. Wilucki.

* Der Großherzog und die Großherzogin von Mecklenburg-Schwerin treffen heute zu längerem Aufenthalt in Cannes ein.

u. Herzog Johann Albrecht zu Mecklenburg-Schwerin ist aus Schloß Wiligrad in Berlin eingetroffen.

* Ihre K. u. K. Hoheit die Frau Erzherzogin Isabella von Oesterreich hat gestern an einem Dejeuner beim österreichisch-ungarischen Botschafter und Frau von Szögyény teilgenommen, zu welchem auch zwei Töchter der Erzherzogin, die Prinzessin Emanuel Salm-Salm und die Erzherzogin Isabella, sowie die Herren und Damen der Botschaft und mehrere Mitglieder der Hofgesellschaft erschienen waren.

* Wie verlautet, ist Prinz Hans von Dänemark, der Onkel des Königs, während eines Besuches im Residenzpalais zu Kopenhagen über einen Teppich gefallen und hat dabei ziemlich erhebliche Verletzungen erlitten. Es heißt, eine Rippe sei gebrochen. Der Prinz wurde sofort nach seinem Palais geschafft, wo er das Bett hütet.

Wie ein späteres Telegramm besagt, war das Befinden des Prinzen gestern abend besser. Es seien keine Komplikationen eingetreten, und der Prinz werde daher wahrscheinlich im Laufe einiger Tage genesen sein.

u. Der Botschafter z. D., Kaiserlicher Wirkl. Geh. Rat Freiherr v. Stumm ist aus Holzhausen hier eingetroffen.

u. Der 1. Sekretär bei der persischen Gesandtschaft in Brüssel Hassan Dschelal-ed-din-Khan ist von dort hier eingetroffen.

* Der Senatspräsident am Kammergericht, Geh. Oberjustizrat Weber ist in den Ruhestand getreten, und der bisherige Kammergerichtsrat Brennecke an seiner Stelle zum Präsidenten des zweiten Zivilsenats ernannt worden. Geh. Rat Weber wurde 1862 als Auskultator beim Appellationsgericht in Frankfurt a./O. verpflichtet, im September 1869 zum Gerichtsassessor im Kammergerichtsbezirk ernannt und zu Ende des Jahres 1871 als Kreisrichter in Flatow angestellt. Von dort wurde er im Dezember 1878 nach Charlottenburg versetzt und blieb da auch bei der Reorganisation von 1879 als Amtsrichter. Im August 1887 wurde er zum Landgerichtsdirektor in Allenstein und im Oktober 1896 zum Senatspräsidenten beim Kammergericht befördert. Im Dezember 1904 erhielt er den Charakter als Geheimer Oberjustizrat. Sein Nachfolger, Präsident Brennecke, steht seit Juni 1876 im Justizdienst und ist im Juli 1881 im Bezirk des Kammergerichts Assessor geworden. Nachdem er dann bei den Staatsanwaltschaften in Allenstein und Berlin gearbeitet hatte, wurde er im Dezember 1883 als Amtsrichter in Kirchhain angestellt, von wo er 1887 nach Hermsdorf unterm Kynast und 1893 an das hiesige Amtsgericht I kam. 1895 wurde er hier Landrichter beim Landgericht I und im März 1898 Kammergerichtsrat.

* In Blankenburg a. H. ist am 26. Februar der Generalmajor z. D. August Wittstein im 60. Lebensjahre gestorben. Aus dem hannoverschen 7. Infanterieregiment, in dem er während des Feldzuges von 1866 zum Offizier befördert worden war, trat er nach der Auflösung der hannoverschen Armee in preußische Dienste als Leutnant im Infanterieregiment 41. In diesem erwarb er sich 1870/71 das Eiserne Kreuz 2. Klasse und wurde nach mehrjähriger Verwendung als Bataillons- und Regimentsadjutant 1874 Adjutant der 26. Infanteriebrigade in Minden. 1877 als Kompagniechef in das 50. Infanterieregiment versetzt, kam er am 1. April 1881 mit in das neuerrichtete Infanterieregiment 99 in Schrimm und wurde 1887, als das Regiment nach dem Elsaß versetzt wurde, Adjutant der 33. Division in Straßburg und als solcher zum Major befördert. 1889 wurde Major Wittstein Bataillonskommandeur im Infanterieregiment 29 in Trier, 1893 Oberstleutnant, hierauf etatsmäßiger Stabsoffizier des Infanterieregiments 71 in Erfurt, das er vom Januar 1897 bis Juni 1899 als Oberst kommandierte. Dann wurde er auf sein Abschiedsgesuch mit Pension und dem Charakter als Generalmajor zur Verfügung gestellt und nahm seinen Ruhesitz in Blankenburg am Harz.

Brandenburgische Landwirtschaftskammer.

Lp. Zur Hauptversammlung der Brandenburgischen Landwirtschaftskammer hatte am Freitag zum ersten Male auch der Landwirtschaftsminister einen Vertreter entsandt. Auch sonst waren zahlreiche Vertreter von Behörden anwesend, darunter auch der Oberpräsident v. Trott zu Solz, Regierungspräsident v. d. Schulenburg aus Potsdam und der Feuer-Sozietätsdirektor v. d. Marwitz. Wie der Vorsitzende Rittergutsbesitzer v. Arnim-Güterberg mitteilte, hat der Tod im vorigen Jahre unter den Kammermitgliedern eine besondere reiche Ernte gehalten. Unter den neu zugewählten Mitgliedern befindet sich auch Staatsminister v. Podbielski, dem der Vereinsausschuß der Kammer bei seinem Scheiden aus dem Landwirtschaftsministerium einen Dank ausgesprochen hat für sein Eintreten für die Interessen der Landwirtschaft. — Der Vorsitzende warf einen Rückblick auf das vergangene Jahr, das er als nicht schlecht für die Landwirtschaft bezeichnen konnte. Von dem neuen Reichstage, dessen nationale Mehrheit er mit großer Freude begrüßte, hoffte er, daß er auch eine Mehrheit für die deutschen landwirtschaftlichen Interessen bilden werde. (Bravo!) In dieser Hoffnung werde die deutsche Landwirtschaft bestärkt durch die Haltung des Herrn Reichskanzlers. (Bravo!) Die größten Schwierigkeiten liegen jetzt für die Landwirtschaft in dem Arbeitermangel. Zum Schlusse gedachte der Vorsitzende noch der schönen patriotischen Begeisterung in der Stichwahlnacht in Berlin und schloß mit einem Hoch auf den Kaiser, in das die Versammlung besonders begeistert einstimmte.

Die Kammer bestätigte dann die Wahl des Herrn v. Hülsen zum Hauptgeschäftsführer an Stelle des ausgeschiedenen Dr. Freiherrn v. Canstein, worauf die Einführung des neuen Beamten in sein Amt erfolgte. — Der vom Vorsitzenden vorgelegte Geschäftsbericht weist eine gegen das Vorjahr erheblich gesteigerte Tätigkeit der Kammer und ihrer Organe nach. Die Erhebungen über die Frage der Haftpflichtversicherung haben ergeben, daß die Errichtung einer eigenen derartigen Versicherung empfehlenswert ist. — Der Wert des Invalidenversicherungsgesetzes für die kleineren und mittleren Grundbesitzer und deren Angehörige für die Erleichterung bezw. Befreiung von der Last des Altenteils wird immer mehr anerkannt. Die Pflichtversicherung ist aber gegenüber der freiwilligen Selbstversicherung vorzuziehen, u. a. weil bei jener die Wartezeit für die Invalidenrente rund 6 Jahre kürzer ist. Die Bestrebungen der Kammer auf Erhöhung des Servistarifs und der Entschädigung für Naturalverpflegung (Manöverlasten) sind von gutem Erfolg gewesen. Die ländliche Wohlfahrts- und Heimatpflege ist von der Kammer nach Möglichkeit unterstützt worden; besonders sind die ländlichen Volksbüchereien weiter vermehrt worden. Den Kreiswanderbibliotheken, sowie den sogen. Amtsgerichtsbibliotheken wird vor den Einzelbüchereien der Vorzug gegeben. Für langjährige treue Dienste von land- und forstwirtschaftlichen Arbeitern und Unterbeamten (Männern wie Frauen) sind 126 Medaillen und 404 Diplome vergeben worden. Auf dem Gebiet des Tarif- und Verkehrswesens war die Kammer sehr rege tätig. Die Besorgung ständiger Arbeiter verursachte Schwierigkeiten wie nie zuvor. Zwei neue landwirtschaftliche Winterschulen sind in Perleberg und Peitz gegründet worden. Das Fortbildungsschulwesen auf dem Lande wurde auch finanziell unterstützt. Das Nahrungsmittel-Untersuchungsamt der Kammer wird auch von den Behörden immer mehr anerkannt und mußte infolge der zunehmenden Untersuchungen bereits einen fünften Assistenten anstellen. Der Abteilung für Landeskultur und Ackerbau ist die Mitarbeit an der Organisation des öffentlichen Wetterdienstes und der Organisation für Pflanzenschutz übertragen worden. Neu eröffnet ist eine Maschinenprüfungsanstalt. Die zur Förderung des Obstabsatzes veranstalteten Obstmärkte in Berlin haben den Produzenten schon eine gute Kundschaft verschafft. Auch auf den übrigen von der Kammer bearbeiteten Gebieten ist man mit großem Eifer und gutem Erfolge tätig gewesen. Erwähnt sei nur noch, daß auch im Genossenschaftswesen die brandenburgischen Landwirte hinter ihren Berufsgenossen anderer Provinzen nicht nachstehen. An den Geschäftsbericht knüpfte sich eine lange Aussprache.

Beim Kapitel Rindviehzucht trat Rittergutsbesitzer v. Lochow-Petkus unter lebhafter Zustimmung für eine größere Berücksichtigung der Leistungsfähigkeit bei der Zucht ein, die gegenüber Zucht und Farbe heute zum Schaden der Landwirtschaft zu wenig beachtet werde. So reich sei die Landwirtschaft nicht, daß dieser Zustand dauern dürfe. Der Redner stellte einen längeren Antrag, der dahin ging: Der Vorstand möge dahin wirken, daß die Kontrolle der Milchhaltung bezüglich der Milchergiebigkeit und des Fettgehaltes der Milch allgemein in der Provinz durchgeführt werde — daß daher so viele Zuchtinspektoren angestellt werden, daß sie wenigstens einmal im Jahre mit jedem Milchbesitzer in persönliche Verbindung treten können — und daß die Mittel hierfür außer von der Kammer und den Beteiligten vom Staate erbeten werden mögen. Die Kammer machte diese Vorschläge einstimmig zu den ihrigen.

Darauf erfolgte die eingehende Beratung des Haushaltplanes, der in Einnahme und Ausgabe abschließt mit 1 188 959 ℳ. U. a. sind ausgesetzt für wissenschaftliche und Lehrzwecke 291 883 ℳ, für Veterinärzwecke 151 200 ℳ, zur Förderung der Viehzucht 188 790 ℳ, der Fischerei 5200 ℳ, der Waldkultur 52 675 ℳ, des Obst-, Wein- und Gartenbaues 47 940 ℳ, zur Unterstützung der landwirtschaftlichen Vereine und Förderung der Landkultur im allgemeinen 249 917 ℳ und zur Verwaltung der Kammer 191 954 ℳ. Dem Präsidenten stehen zur Disposition 8800 ℳ. Zusammen 1 188 959 ℳ, das sind gegen den vorigen Voranschlag 252 870 ℳ mehr. — An Einnahmen werden gegen den vorigen Voranschlag 350 790 ℳ mehr erwartet. Das Arbeitsamt der Kammer würde nach dem Haushaltplan eine Einnahme von 171 500 ℳ und eine Ausgabe von 179 000 ℳ erforderlich machen, so daß ein Zuschuß von 7500 ℳ von der Kammer zu leisten ist. Mit Rücksicht auf die erhöhten Ansprüche (u. a. soll ein Versuchsgut bewirtschaftet werden), beschloß die Kammer die Festsetzung der Umlagen auf 0,7 v. H. (statt 0,6 v. H.) des Grundsteuer-Reinertrages. Dadurch verschieben sich die Endsummen des Abschlusses entsprechend.

Die beiden Geschäftsführer v. Hülsen und Naumann berichteten über die gewünschte Haftpflichtversicherung für die brandenburgischen Landwirte. Letzterer beantragte eine Erklärung, in der u. a. gesagt wird: Die Kammer hält nach wie vor die Errichtung einer Haftpflichtversicherungsanstalt für die brandenburgischen Landwirte für ein im höchsten Grade dringendes Bedürfnis, dessen Befriedigung weiteren Aufschub nicht zuläßt. Die Verpflichtung zur Durchführung dieser Aufgabe liegt in erster Linie der Landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft ob. Die Kammer richtet daher an den Vorstand dieser Berufsgenossenschaft nochmals die Bitte, nunmehr diesen einmütigen Wunsch der brandenburgischen Landwirte ohne Verzug erfüllen zu wollen. — Ursprünglich hatte man der Kammer die Gründung einer eigenen Anstalt vorschlagen wollen, will aber nun noch einmal (zum dritten Male) erst versuchen, die Landwirtschaftliche Berufsgenossenschaft dafür zu gewinnen. — Die Kammer nahm die Erklärung einstimmig an. — Oberförster Dr. Bertog besprach dann einige forstliche Tagesfragen.

Deutsches Reich.

* Ueber die jüngste Sitzung des **Bundesrats** berichtet der Reichsanz.:

In der am 28. Februar d. J. unter dem Vorsitz des Reichskanzlers Fürsten Bülow und weiterhin seines Stellvertreters des Staatssekretärs Grafen Posadowsky abgehaltenen Plenarsitzung des Bundesrats wurde dem Ausschußberichte zu dem Antrage Braunschweigs, betreffend die Gestaltung der Regierungsverhältnisse im Herzogtum Braunschweig zugestimmt. Desgleichen fanden Zustimmung die Ausschußberichte über den Entwurf eines Gesetzes, betreffend den Gebührentarif für den Kaiser-Wilhelm-Kanal, über den Nachtragsantrag Preußens, betreffend die Ausführung des Börsengesetzes vom 22. Juni 1896 und über die Ausführungsbestimmungen zur Berufs- und Betriebszählung im Jahre 1907. Ferner wurde über mehrere Eingaben Beschluß gefaßt.

* Wie die Bromberger Ostd. Rdsch. hört, ist im Regierungsbezirk Bromberg die Zahl der **streikenden Schulkinder**, die in der Höchstziffer über 26 000 betrug, jetzt bereits auf 13 000 zurückgegangen. Von Woche zu Woche macht sich ein immer stärker werdendes Abflauen der Bewegung geltend.